

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur  
Dr. A. Vering, Hauptstadt  
u. Verlagsort  
H. H. H. H.  
Kasselerstr. 10  
Zürich

Das Auer Tageblatt erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntag und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie die Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Abbestellung: Die Abbestellung des Auer Tageblattes oder dessen Anzeiger aus dem Ausland kann nur durch den Postboten oder durch den Postboten des Landes, in dem die Abbestellung erfolgt, geschehen. Die Abbestellung des Auer Tageblattes oder dessen Anzeiger aus dem Ausland kann nur durch den Postboten oder durch den Postboten des Landes, in dem die Abbestellung erfolgt, geschehen.

Nr. 140.

Sonnabend, den 16. Juni 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die Einzelnenwaffen der bairischen Einwohnerwehren, die während der Generalstreiktag stillgeblieben hatte, ist wieder aufgenommen worden und konnte reibungslos weitergeführt werden.

In der französischen Kammer erklärte Ministerpräsident Briand, im Augenblick halte er jede Auseinandersetzung über die Lage im nahen Osten für verfehlt.

Lord Curzon ist gestern Abend in Paris eingetroffen. Er wird heute Vormittag mit Briand eine Besprechung haben.

Die in den englischen Baumwollspinnereien zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern entstandenen Lohnunterschiede sind beilegt.

Die Führer der republikanischen Partei im amerikanischen Repräsentantenhaus und im Senat haben die baldige Beilegung der Meinungsverschiedenheiten über die Resolution wegen der Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland angefordert.

## Teureres Brot?

Im Reichstag hat man sich in den letzten Tagen im Anschluß an das Gesetz über das sogenannte Umlageverfahren wieder einmal sehr ausführlich über das deutsche Ernährungsproblem unterhalten, und wenn man die Verhandlungen auf eine einzige Formel zurückführen will, so würde diese heißen: Vor dem endgültigen Ende der Zwangswirtschaft! Das Umlageverfahren soll bekanntlich dem Reichsernährungsministerium die Möglichkeit schaffen, durch eine Art Schatzgräberwirtschaft, d. h. durch Auffammlung mehrerer Millionen Tonnen Getreide den Übergang zur freien Wirtschaft ohne Rücksicht auf die ländliche Bevölkerung besonders der minderbemittelten Kreise zu ermöglichen. Es zeigte sich nun, daß die Meinungen darüber, ob die Zwangswirtschaft des Brotgetreides tatsächlich schon aufzuheben sei, noch immer geteilt sind, obgleich man nicht gerade sagen kann, daß die Zahl der Freunde der Zwangswirtschaft noch irgendwo erheblich sei. Nicht einmal die Unabhängigen haben sich in der Person ihres ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete, des Abgeordneten Dr. Herfford, vorbehaltlos zu ihren Gunsten erklärt, obgleich ein Antrag der U.S.P. sich in diesem Sinne ausdrückte und das Umlage- und Uebergangsverfahren ablehnte. Ihre Gegenüber waren die Deutschnationalen, die die sofortige Einführung der freien Wirtschaft verlangten und sich darüber hinaus noch dafür einsetzten, daß der Landwirtschaft der Uebergang zur freien Wirtschaft in jeder Beziehung erleichtert werden müsse. Zwischen diesen beiden Tendenzen stand der Antrag der Regierungspartei im Sinne der Annahme des Gesetzes der Regierung und zwar unter der Voraussetzung, daß die in dem Entwurf vorgesehenen Vorratsmengen von drei Millionen auf zweieinhalb Millionen Tonnen herabzusetzen seien. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte gegen das Umlageverfahren Bedenken, weil sie die Zwangswirtschaft nicht preisgeben wollte, und auf der anderen Seite war die Deutsche Volkspartei wieder mit dem Umlageverfahren nicht zufrieden, weil sie die freie Wirtschaft herbeisehnte. Die Gründe für dieses schwankende Verhalten sind in der Richtung zu suchen, daß man von der Freigabe des Getreideverkehrs eine erhebliche Verteuerung des Brotpreises befürchtet, denn man ist sich natürlich darüber einig, daß eine gewisse Steigerung des Preises sich schon im Hinblick auf die Auswirkungen des Ultimatums auch auf diesem Gebiete nicht vermeiden lassen wird, aber man steht doch auch mit Besorgnis voraus, daß eine ungebührliche Erhöhung des Brotpreises zu schweren innenpolitischen Komplikationen führen könnte. Es ist daher zu bedauern, daß J. B. der Abgeordnete Dusch die Pflicht der Landwirtschaft zur höchsten Anstrengung im Sinne einer Niedrighaltung des Brotpreises nur ganz oberflächlich streifte, denn es wäre das Uebelste vom Uebeln, wenn der Gegenstand zwischen Stadt und Land, anstatt endlich abgebaut zu werden, sich unter Umständen schärfer als bisher zu zeigen würde.

## Die bolschewistische Welle in Oberschlesien.

Vorläufer der interalliierten Truppen. — Der russische Agitator Kabele in Oberschlesien?  
Die Lage in Oberschlesien stellt sich nach den vorliegenden Nachrichten so dar, daß einzelne Orte der Kreise Kassel, Ratibor und Großschlichtitz in der Nähe der von den Polen gehaltenen Linie von den interalliierten Truppen besetzt wurden. Auch in den Kreisen Wosenberg, Lublitz und Tarnowitz ist die Besetzung im Gange. Gutentag wurde von den Engländern besetzt, Tarnowitz und zwei kleinere Orte wurden von den Insurgenten befreit. In ober-schlesischen Kreisen hält man die Art des Vorgehens der in-

teralliierten Truppen nicht für geeignet, die schwere Sorge der Bevölkerung zu zerstreuen. Die polnischen Truppen lösen sich, sobald die interalliierten Truppen in Sicht kommen, auf, und die Insurgenten erscheinen, nachdem sie ihre Waffen vergraben haben, am nächsten Morgen als friedliche Bauern wieder. Hinter dem Rücken der interalliierten Streitkräfte bilden sie dann Bänder, die jeder Disziplin und Führung entbehren. Nach den vorliegenden Meldungen dürfte es sicher sein, daß sich in den noch von den Insurgenten besetzten Gebieten tatsächlich eine bolschewistische Welle bemerkbar macht. Da der Zustand im Reich des Niederganges steht, so ist es erklärlich, daß die mit leeren Versprechungen geschehenen Insurgenten dem Einfluß der Kommunisten zugänglich werden. Die von den Zeitungen gebrachten einzelnen Nachrichten lassen sich nicht nachprüfen; doch geht aus den Erzählungen von Flüchtlingen hervor, daß die Gefahr des Umschlagens der Insurgentenbewegung ins Bolschewistische besteht. Nach Mitteilungen vertrauenswürdiger Amerikaner soll sich in der kritischen Zeit der russische Agitator Kabele in Oberschlesien aufgehalten und Versuche unternommen mit Korfanth gehabt haben, dem er den Vorschlag eines autonomen Sowjetoberschlesien, das von der russischen Regierung unterstellt würde, machte. Deutsche zuständige Stellen erklären, daß ihnen von einem Aufenthalt Kabeles in Oberschlesien oder im übrigen Deutschland nichts bekannt sei. Nach anderen Nachrichten soll jedoch der Aufenthalt sowjetrussischer Führer in Oberschlesien einwandfrei festgestellt sein.

## Entscheidung über Oberschlesien?

Die Karobnt Bisth meldet aus Brüssel: Hier und in London sind Gerüchte im Umlauf, daß der Vertrag über Oberschlesien in den Hauptzügen bereits fertiggestellt ist. Deutschland soll alle wichtigen Grubenzentren Oberschlesiens erhalten, während Polen durch günstige Regelung auf anderem Gebiete entschädigt wird. Außerdem soll Polen ein bestimmter Prozentsatz von Rohmaterialien und Fertigfabrikaten aus Oberschlesien garantiert werden.

## Neue Massenflucht aus dem ober-schlesischen Industriegebiet.

Aufs neue hat eine Massenflucht aus dem Industriegebiet eingesetzt. In Oppeln sind über 3000 Flüchtlinge angekommen. Der Entzug, der täglich von Oppeln bis Kattowitz fährt, ist bei Hindenburg beschossen worden. Zwei Franzosen wurden verletzt. Durch das Eingreifen der Engländer in Bembowitz sind die Polen genötigt worden, ihre Angriffe auf Brunsau einzustellen. Die englischen Streitkräfte sind jedoch zu schwach, um die deutsche Bevölkerung vor den Drangsalierungen der Polen zu schützen. Der italienische Oberst Salvioni hat angeordnet, daß auf dem rechten Oberufer Ortswehren gebildet werden. Der Belagerungszustand für Ratibor ist aufgehoben worden. Englische Truppen sind in Ratibor, Kl. Althammer, Ferdinandsdorf, Saleische, Poppitz, Gutentag und Kosselitz eingetroffen, französische Truppen in Kl. Althammer und Kosselitz; außerdem sind Jakobswalde von Franzosen, Sudom und Renfa von Italienern besetzt.

## Tätlichkeiten im deutschen Reichstage.

### Die Interpellation über den Mord an Gareis.

Im Reichstage wurde gestern die Interpellation der Unabhängigen wegen der Ermordung des bairischen Landtagsabgeordneten Gareis verhandelt. Abg. Unterleitner (Unabh.) begründete die Interpellation. Es handelte sich nicht um die Tat eines Einzelnen, sondern um die Bekundung eines politischen Systems. Gareis mußte zu viel. Er führte den Kampf gegen die bairische Justiz und Polizei. Er hat die Mörderzentrale festgesetzt, das Funktionieren des Geheimdienstes aufgedeckt, hat das Spionwesen und alle Mächenschaften aufgedeckt, die mit der bairischen Königspartei zusammenhängen. Die Presse hat ihn zum Landesverräter gestempelt, denn Gareis bestand auf Einhaltung und Durchführung des Ultimatums, war gegen die Orgel und Einwohnerwehren. Er kämpfte gegen die Abspaltungsbewegung Bayerns, aber er trieb auch keine sogenannte nationale Politik. Er war ein Gegner des Abg. Heim und vor allem der Verständigungswünsche, welche der Abg. Heim gegenüber Frankreich hegte. Dasselbe Bayern, das jeden Deutschen als Ausländer behandelt, ist ein Hort für die Subandorff und Ehrhardt geworden, die Feinde der Republik! Die Arbeiterbewegung wird niedergedrückt, Uebergriffe und Mordanschläge sind an der Tagesordnung. Ein Täter wird nie gefunden. Auch den Mörder von Gareis wird man nicht finden. Weder greift die Regierung v. Raßb und den Münchener Volkspresidenten aufs schärfste an und nennt die Kulturzustände in München eine Kulturkatastrophe. Der Wiesbadener Anzeiger fordert direkt zum Mord auf. Ihm geschieht nichts. Dieses Blatt hat dazu aufgefordert, den Hund Gareis totzuschlagen. Dem Entroaffnungsminister hat er geraten, sich für die Mordtat als ein Zuhälter mitzubringen.  
Als Redner davon spricht, daß man in Bayern erst 5000 Kommunisten an die Wand stellen wollte, da sie keine Deutschen seien und kalt-

gemacht werden müßten, ruft Abgeordneter Mittelmann (D. V.): Da haben Sie recht! Sofort springen mehrere kommunistische Abgeordnete, darunter der Abg. Barz, auf ihn los und greifen ihn unter lautem Geschrei tätlich an. Es entsteht eine wilde Szene.

Mehrere Abgeordnete springen dazu, ohne Rücksicht zu nehmen. Die weiblichen Abgeordneten Frau Behm (Dnall.) und Frau Anzorge (Soz.) bemähen sich, die Streitenden auseinanderzubringen. Präsident Abbe verläßt seinen Sitz und die Sitzung ist damit aufgehoben. Die erregten Szenen gehen auch nach Schluß der Sitzung weiter. Schluß gegen 3 Uhr. Präsident Abbe teilt um 3 Uhr 10 Min. mit, daß er die Sitzung noch nicht wieder eröffnen wolle. Um 3 Uhr 15 Min. werde der Vorkommnisse Ausschuss zur Feststellung des Tatbestandes zusammentreten. Bei

### Wiederaufnahme der Sitzung

gegen 5 1/2 Uhr fällen noch immer erregte Gruppen den Saal. Präsident Abbe: Der Vorkommnisse Ausschuss hat versucht, den häßlichen Zwischenfall aufzuklären. Redner verliest den stenographischen Bericht und konstatiert, daß, wenn der Vorgang sich unbefristet so zugetragen hätte, er dem Abg. Mittelmann zweifellos eine Wunde erteilt hätte. Aber der Abg. Mittelmann hat sich festgestellt, daß seine Bemerkung nur den Worten: Die Kommunisten sind keine Deutschen gegolten habe, und daß er (Abbe) die Worte vom Kaltmachen gar nicht gehört habe. Nichtsdestoweniger müsse er auch die Worte des Abg. Mittelmann als durchaus ungeboten bezeichnen und ihm eine Rüge erteilen, noch schärfer aber dem Abg. Memmele, der sich zu einem zähhchen Angriff habe hinreißen lassen. Er abbellert an das Haus, dafür zu sorgen, daß unsere Verhandlungen sich in anständiger Form vollziehen, sonst könnten wir einwaden. Er bitte also, den Platz vor der Tribüne in Zukunft freizulassen, um eine Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern. Abg. Unterleitner (Unabh.) fährt nunmehr in seiner Rede fort. Er schildert die allgemeine Empörung, welche die Schandtaten der bairischen Regierung überall im Reich, speziell in Baden, hervorgerufen hätten. Der Bayerischen Volkspartei rufe er zu, es sei die höchste Zeit, daß sie mit Raßb Schluß mache. (Beifall links.)

### Reichskanzler Dr. Wirth:

Ich verstehe manches aus der Erregung des Borredners. Kein Wort ist scharf genug, die hinterlistige Ermordung des Abgeordneten Gareis zu kennzeichnen. Der Täter muß gefunden und zur Strafe gezogen werden. Die Frage nach den Motiven darf aber nicht zu voreiligen Schlüssen führen. Wir müssen das Ergebnis der Untersuchung abwarten. Gehört wird sie mit dem größten Eifer, erkwert wird sie, weil der einzige Reuge, der Abg. Serding, keinerlei Angaben über die Persönlichkeit des Täters zu machen weiß, als daß er Samachen getragen hat. Staatsregierung, Polizei und politische Parteien Bayerns haben das gleiche Interesse an der Aufklärung des Mordes. Das Mitleid mit dem Opfer und den Hinterbliebenen bringt mich hier zum Ausdruck. Damit allein ist ihnen aber nicht gedient. Das Verbrechen muß gesühnt werden. Die Tat, ein Verbrechen, das wir uns wieder in einer Krise befinden, bedeutet die größte Gefährdung unserer friedlichen Entwicklung. Aber die weitgehenden Angriffe des Borredners auf die bairische Regierung schließen über das Ziel hinaus, wenn auch seine Erregung begreiflich ist. So wenig Bayern an der Weimarer Verfassung sich vergangen hat, so wenig werden wir uns erlauben, an der bairischen Regierung zu rütteln. Auch in der Kritik werden wir vorsichtig sein. Es muß aber zugegeben werden, daß sich in der letzten Zeit in Süddeutschland, nicht bloß in Bayern, von der Rechten gebildete Presseorgane gebildet haben, welche die Trennung des Südens vom Norden zum Ziele haben und von Süden her die Reaktion wieder einführen wollen. Uns ist vieles vorgeworfen worden. Wir hätten, um feste Pfänder zu erlangen, unsere Posten erkräftet. Redner erwähnt ein deutschnationales Pamphlet, daß die wäpsten Angriffe auf ihn enthalten habe. (Stürmische Unterbrechungen rechts.) Gegen diesen Kampf des Landes, gegen dieses politische Treiben gegen einzelne Personen muß eingeschritten werden. Der Reichspräsident muß wenigstens außerhalb des politischen Kampfes stehen. Man muß ihm doch nachfragen, daß er vom ersten Tage seiner Tätigkeit an seine Pflicht als deutscher Mann getan hat. (Beifallige Zustimmung.) Diese Verwilderung der Sitten, die seit zwei Jahren fortgedauert, mußte sich zu solchen Taten entladen, wie wir sie alle erlebt haben. (Stürmischer Protest rechts. Skandale, Rufe: Demagogie!) Diese Atmosphäre bildet eine Gefahr für die Einheit des Reiches. Wollen wir diese Atmosphäre klären, so müssen wir die Fragen des Bundes im ganzen Rahmen der süddeutschen Verhältnisse zu klären suchen. Die Entwaffnungskaktion in Bayern schreitet gütlich fort, wie es das Ultimatum bedingt. Daß wir mit allen Kräften dem Tag zustreben, wo auch die letzte Spur des Unzustandes verschwinden kann, will ich hier aufs neue

Probist  
11 Uhr  
Rindwe  
Tauf  
Frauen  
Jüng  
it.  
n  
off-  
titat,  
ab-  
rel-  
del-  
en!  
n-  
zgb.  
1.  
en,  
n  
ia,  
Dotel  
ohn  
gtl.  
lofort  
er  
2 an  
beten.  
mp.  
4093  
g  
Berg-  
geben  
angebl.